

Spangenberg Zeitung.

Blatt für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint
wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-M. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 M.
Telegraphen-Adresse: Zeitung.
Fernsprecher 27



Anzeigen
werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Reit-)Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechend Rabatt. Anzeigen sollen zur Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorchrift und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postcheckkonto Frankfurt a. Main Nr. 20771.
Annahmehgebühr für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billigt berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 104.

Donnerstag, den 3. September 1925.

18. Jahrgang.

„All ist das Wort,“ doch bleibt hoch und wahr
der Sinn;
Daß Scham und Schönheit nie zusammen Hand
in Hand
Den Weg verfolgen über der Erde grünen Pfad.
Dies ergenutzt wohnt in beiden alter Haß.“

Völkerverbund und Anschließfrage.

Wenn man die Tagesordnung der soeben in Gen. verhaltenen Völkerverbundtagung betrachtet, so ist vom wesentlichen Standpunkt aus der weitaus wichtigste Punkt die Entgegennahme des Berichts über die wirtschaftliche Lage und Zukunft Deutsch-Oesterreichs. Einmal ist dieses Staates zu werden, der vom Völkerverbund saniert werden ist, zum anderen hängt diese Frage der wirtschaftlichen Zukunft Oesterreichs eng zusammen mit der Anschließfrage, und es ist gewiß kein Zufall, wenn gerade jetzt, unmittelbar vor Eröffnung der Völkerverbundtagung, in Wien unter Teilnahme einer reichsweiten Abordnung eine große Anschließfrage erörtert wird. Der Völkerverbund wird sich darüber klar sein müssen, daß diese Anschließbewegung immer größere Ausdehnung gewinnen wird, falls es nicht gelingt, den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Oesterreichs besser gerecht zu werden, als es bisher geschehen ist.

Was der Völkerverbund bisher an dem „ranken Mann“ in Wien herumgedoktert hat, ist jedenfalls nicht geeignet, das Ansehen des Genfer roten Kreuzes zu heben. Es ist die Stimpferei eines Stillschreiters, Oesterreich kann nicht leben und nicht sterben, wenn man es weiter dieser Doktor-Eisenbarnt-Kur unterzieht. Darüber ist man sich in ganz Oesterreich einig. Meinungsverschiedenheit besteht nur darüber, welchen Weg man einschlagen soll, um Oesterreich die wirtschaftliche Lebensfähigkeit wiederzugeben. Auf der einen Seite lehnen die „Schwarz-gelben“, die das Heil Oesterreichs in einem wirtschaftlichen Zusammenarbeiten der Reichsteile erblicken, auf der anderen diejenigen, die den Wiederanschluß Oesterreichs an das Deutsche Reich lehnen.

Der Hauptvertreter der Schwarz-gelben Richtung ist der österreichische Minister Mataja, der bei seinen Rundlandfahrten in Paris und Rom für eine Politik Zustimmung zu machen suchte, die Oesterreich außerhalb des Deutschen Reiches eine Lebensmöglichkeit geben sollte. Daß er dabei in Paris auf ein gewisses Verständnis gestoßen ist, ist anzunehmen, denn Frankreich ist noch immer der Hauptgegner des Anschlußgedankens. Da aber Frankreich den Völkerverbund beabsichtigt, so wird man damit rechnen müssen, daß man in Genf wenigstens den Versuch machen wird, Oesterreich wirtschaftliche Erleichterungen zu schaffen, und dabei wird von französischer Seite zweifellos auch der Gedanke eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Nachfolgestaaten begünstigt werden, weil man hierin das beste Gegengewicht gegen die Anschließbewegung sieht.

Wer werden die Männer, die in Genf über Oesterreichs wirtschaftliche Aussichten Beschlüsse fassen sollen, auf die Dauer in der Lage dazu sein, dem Oesterreichischen Volk etwas mehr als Phrasen bieten zu können? Die Beharrlichkeit des nationalen Willens hat bereits so manchen Triumph über das stumpfe Widerstandsbestreben der gegnerischen Mächte in und außerhalb des Landes dabongetragen. Hier gilt es bei der Anschließfrage nicht, ob der eine dieser oder jener Partei, diesem oder jenem Beruf angehört, sondern nur der Tatsache, daß eine Bevölkerung, wie die Oesterreichische, wenn sie einmal zum Reich will, nicht mehr aufgehalten werden kann. Herr Mataja, der wohl gerade bei der Ankunft der reichsdeutschen Abordnung in Wien im Begriffe war, sich aus neue nach Genf und Paris zu begeben, wird die Deutlichkeit verstehen, mit der auf dieser Bundestagung und den dort angenommenen Entschlüssen der Zusammenanschluß aller Deutschstämmigen vollzogen worden ist.

Es sind aber immerhin trotz aller Anschließungen und Demonstrationen auch noch verschiedene andere Elemente im Lande Oesterreich selbst zu überwinden, wenn Herr Mataja im letzten Augenblick noch immer die Hoffnung zu hegen vermag, einen Anschließ nach dieser Seite zu gewinnen.

Zum Tode Peter Spahns.

Das Beileid des Reichszanzlers.
Reichszkanzler Dr. Luther hat aus seinem Ferienaufenthalt an den Reichstagsabgeordneten Prof. Dr. Martin Spahn, Bad Wildungen, folgendes Telegramm geschickt:

„Empfangen Sie und Ihre Angehörigen der Reichsregierung und mein innigstes Beileid zu dem unerwarteten Hinscheiden Ihres hochverehrten Herrn Vaters. Durch mehrere Menschenalter hat der Verstorbene in bedeutungsvollen Stellungen unserm Vaterlande mit aller Hingabe seiner Person und vollem Einsatz seiner hohen Fähigkeiten gedient. Die Gerechtigkeit, daß Peter Spahn in Deutschland unvergessen bleiben wird, möge Ihnen in Ihrem tiefschmerzlichen Trost sein.“

Spahns Sohn, der Kölnner Universitätsprofessor Dr. phil. Martin Spahn, der dem Reichstag mit Unterbrechungen seit 1910 angehört, ist bekanntlich nicht Zentrumsmann, sondern Mitglied der deutschnationalen Fraktion. Der Reichspräsident hat ihn bereits ebenfalls seine lebhafteste Teilnahme an der Trauer um den heingegangenen Vater zum Ausdruck gebracht.

Dr. Luther an Fehrenbach.
An den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Reichszkanzler a. D. Fehrenbach, richtete der Reichszkanzler ebenfalls ein Telegramm, in dem es u. a. heißt: „Der Gedanke, die abgestorbene Weisheit und Güte und die große Lebenserfahrung dieses geraden deutschen Mannes künftig entbehren zu müssen, erfüllt mich mit tiefer Trauer. Der Tod von Staatsminister Spahn reiht eine Lücke, die kaum zu schließen ist.“

Die Beerdigung Peter Spahns findet am Freitag vormittag in Lichterfelde bei Berlin statt.

Weitere Beileidskundgebungen.
In Vertretung des beurlaubten Reichsministers des Innern richtete Staatssekretär Zweigert an den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion, Reichszkanzler a. D. Fehrenbach, ein Beileidschreiben, in dem es u. a. heißt:

„Wie als Mitarbeiter an dem großen Werke zur Erhaltung der Einheit des Deutschen Reiches, dem Bürgerlichen Gesetzbuch, so hat sich der Verstorbene in langjähriger richterlicher Tätigkeit als Staatsminister und als Mitglied der parlamentarischen Körperschaften im Reich und in Preußen um Reich, Staat und Allgemeinheit hohe Verdienste erworben.“

Dem Sohne des Verstorbenen gingen ferner von dem Staatssekretär in der Reichskanzlei Kempner und dem preussischen Ministerpräsidenten Braun Beileidsgramme zu. Im letzteren heißt es u. a.

„Die Verdienste des Verbliebenen in den verschiedensten Stellungen der Justizverwaltung, zuletzt als preussischer Justizminister, und seine maßgebliche Mitwirkung bei der Schaffung und Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches werden in der Geschichte des preussischen Staates unvergessen bleiben.“

Die Lebensmittelsteuerung.

Verhandlungen über die Preisrentung.

Nachdem sich schon vorher die Vertreter des Handwerks bei einer Besprechung im Reichswirtschaftsministerium bereit erklärt hatten, die Bestrebungen der Reichsregierung zum Zwecke der Preisrentung tatkräftig zu unterstützen, insbesondere durch eine Nachprüfung der Höchstpreise, fanden neuerdings im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Besprechungen mit den Vertretern der großen Verbände von Industrie und Handel über die Frage der Preisrentung auf dem Lebensmittelmarkt statt.

Ministerialdirektor Dr. Beherlein vom Ernährungsministerium legte nochmals eingehend den Standpunkt der Regierung dar und betonte, daß die Reichsregierung den größten Wert darauf legen müsse, daß die einzelnen Verbände sich dem Vorgehen der Regierung anschließen und sich bei ihren Unterverbänden und Mitgliedern mit allem Nachdruck dafür einsetzen, daß die Preise mit Rücksicht auf die in der vergangenen Sitzungsperiode des Reichstags gesetzlich geregelte Neuordnung der innerwirtschaftlichen Verhältnisse (Lösung der Aufwertungsfrage, Regelung des Steuer- und Zollsystems, Herabsetzung der Umsatzsteuer usw.) auf der ganzen Linie auf ein normales und erträgliches Maß herabgedrückt werden.

Die Beteiligten erklärten sich bereit, die Regierung in ihrem Vorgehen zu unterstützen, wiesen jedoch allerdings auf die schwierige Lage einzelner Wirtschaftsklassen hin, insbesondere auf die noch immer rückende Belastung durch Steuern und Abgaben. In der nächsten Zeit sollen Besprechungen mit den Einzelverbänden, insbesondere des Bäcker- und Fleischergewerbes, folgen.

Ein Jahr Dawes-Zahlungen.

Wie der Generalagent für Reparationszahlungen mitteilt, hat die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft am 31. August die am 1. September 1925 noch fälligen Zinsen ihrer Reparationsobligationen gezahlt.

Damit sind die von Deutschland im ersten am 1. September v. J. begonnenen Geschäftsjahr des Sachverständigenplanes zu leistenden Zahlungen vollständig bewirkt. Diese Zahlungen belaufen sich auf insgesamt 1 Milliarde Goldmark, wovon 800 Millionen dem Ertrage der im Herbst v. J. aufgelegten deutschen Auslandsanleihe entnommen wurden. Die restlichen 200 Millionen wurden von der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft als Zinszahlungen für die auf Grund des Sachverständigenplanes zu Reparationszahlungen bezogenen Obligationen in Höhe von 11 Milliarden Goldmark geleistet.

Die Reichsbahn-Gesellschaft hat am 28. Februar dieses Jahres ihre erste Rate in Höhe von 100 Millionen Goldmark geleistet. Auf Grund eines Abstimmens zwischen dem Generalagenten für Reparationszahlungen und der Reichsbahn-Gesellschaft, wonach zum Zwecke einer reibungslosen Abwicklung der Reparationsleistungen Teilzahlungen vor Fälligkeit gegen Vergütung eines Zwischenzinses von jährlich 6 Proz. angefordert werden können, wurden von der zweiten am 1. September fälligen Rate bereits im Monat August Vorauszahlungen geleistet. Durch die am 31. August bewirkte Zahlung von 60 Millionen Goldmark ist somit auch die zweite Rate mit 100 Millionen Goldmark vollständig eingegangen.

Nach einer Mitteilung des amerikanischen Schatzamtes haben die Vereinigten Staaten in dem abgelaufenen Geschäftsjahr des Dawesplanes über 18 Millionen Dollar erhalten.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 3. September 1925.

Bei den Wahlen zum hannoverschen Provinziallandtag bezieht der Norddeutsche Handwerkerbund eine besondere Handwerkerliste aufzustellen.

Das neue Reichsschulgesetz wird den Reichstag in seiner nächsten Tagung zu beschäftigen haben. Der Entwurf besteht nach dem Verlage eines Berliner Blattes aus 32 Paragraphen. Von besonderem Interesse ist Par. 5, in welchem es heißt, daß die Bekennerschulen nach dem Bekenntnisse zu beschließen seien, für das sie bestimmt sind. Die gesamte Unterrichts- und Erziehungsarbeit in den Bekenntnisschulen müsse getragen sein von dem Geiste des Bekenntnisses, für welches sie bestimmt sind. Im Lehrplan und Lehrstoff, sowie bei der Auswahl der Lehrer und Lernmittel muß gebührende Rücksicht auf das bekenntnismäßige Gepräge der Schule genommen werden. Im Schulbetriebe sind die dem Bekenntnisse eigenen religiösen Übungen und herkömmlichen Gebräuche zu pflegen. Die Einführung von Lehr- und Lernbüchern für den Religionsunterricht hat im Benehmen mit der Religionsgesellschaft zu erfolgen. Die Zahl der Unterrichtsstunden und der Lehrplan hierfür ist im Einvernehmen mit der Religionsgesellschaft festzusetzen. Lehrern, deren Tätigkeit den Vorschriften zumwiderläuft, ist erforderlichenfalls der Unterricht an den Bekenntnisschulen abzuziehen.

Teilweise Nennung der Stadt Kleve. Die zur nördlichen, seit 1918 besetzten Rheinlande gehörige Stadt Kleve ist jetzt von der belgischen Besatzung teilweise geräumt worden. Die neue Kaserne, in der ein belgisches Kavallerieregiment lag, wurde zurückgegeben, dagegen blieb die alte besetzt. Eine kleine Abteilung Infanterie ist zur Vornahme von Aufräumarbeiten eingetroffen.

Geplante Schlagetererehrungen. Bei einer in Düsseldorf abgehaltenen großen Kundgebung der Deutschen Volkspartei teilte der Vorsitzende mit, daß beabsichtigt sei, an der Stelle auf der Wolfheimer Heide, wo Schlageter den Selbsttod fand, einen Gedenkstein zu setzen. Der Vorsitzende stellte unter dem Beifall

bestehenden roten zu Grunde zu legen. — Eine ...

über die Gültigkeit von Sonntagsfahrkarten ...

Wettkämpfe 20-Markseine in Umlauf. Von ...

Welt und Wissen. Ueber den geplanten Bau eines Polarluft ...

Aus der Heimat

Spangenberg, den 3. September 1925.

Zum Besuch des Hersfelder Sängerkorps. Vor ...

2. Sportl. Wettkämpfe der W. F. 1861. Am ...

Donnerstag, zum Satz und zur Weser in Messungen zu ...

Kammergerichtsscheidung in Mieterschutzsachen. Von ...

Schwege. Die Typhuserkrankung des jungen Mannes ...

Waldtappel. Der Arbeiter Emil W. war beschuldigt ...

Caßel. Das Kommando des nach Erfurt versetzten ...

Erfurt. Vor der hiesigen Hauptpost wurde der ...

Aus Stadt und Land.

Wolfsjagd im Berliner Tiergarten. Ein im ...

Ein Polizeioffizier auf der Straße erschossen. Vor ...

keine Wogelstern zur Flucht sah, brachte er sich einen ...

Unfallsfall über Abtötungsverbrechen? In der ...

Der Reichspräsident besucht die habschischen ...

Tödlicher Absturz vom Erker. Bei der ...

Dyker eines Betrugsmandats. In allen ...

Ein besonders wertvoller Lufttransport. Nach ...

Flammentod einer Greisin. Während sich eine ...

Von einem angetrunkenen Autolenker totgefahren. In ...

Der entsetzliche Mord an dem Breslauer ...

Beim Fußballspiel tödlich verunglückt. Auf ...

Der verzollte Blumenstrauch für Generalfeldmarschall ...

Schüler benutzen einen D-Zug als Zielscheibe. ...

Amundsen zum Ehrenpräsidenten eines Regellubs ...

